

Geschäftsstelle der UOKG

Brandenburg erhält Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Berlin, 1. Juli 2009

Im Namen der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) dankte deren Bundesvorsitzender Rainer Wagner den Fraktionen der demokratischen Parteien im Brandenburger Landtag, dass sie sich gegen die Verschleppungsversuche der Linken durchgesetzt und die Stelle eines „Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ eingerichtet haben.

Wagner, der auch Sachverständiger bei der Anhörung des Landtages zum Gesetz war, bedauerte nochmals, dass aufgrund ideologischer Engstirnigkeit der Linken und der VVN die Beratung von NS-Opfern nicht geregelt wurde. Daran sieht man, dass es den Postkommunisten nicht um die betroffenen Menschen, sondern um ihre politischen Pfründe geht.

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes ist es jetzt an der Zeit, die Überprüfung der Brandenburger Polizei auf Stasi-Belastungen und die daraus notwendigen Konsequenzen umzusetzen.

Auch zeigt der Fall Kurras, dass in den alten Bundesländern vergleichbare Untersuchungen dringend nötig sind. Wagner verwies dabei auf eine gemeinsame Veranstaltung der Stiftung Berliner Mauer und der UOKG am 30. Juni, die das aktive Hineindirigieren von SED und Staatssicherheit bis in höchste Kreise von Justiz, Parteien und Bürgerbewegungen der alten Bundesrepublik aufzeigte.

Im Namen des Vorstandes der UOKG

Rainer Wagner
UOKG-Bundesvorsitzender